



3 FRAGEN AN

Franziska Brantner

Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Was ist verbirgt sich hinter EITI und was hat das mit Rohstoffen zu tun?

EITI steht für die globale „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“, die sich für mehr Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht im Rohstoffsektor einsetzt und Korruption bekämpfen soll. Neben Deutschland implementieren über 50 Länder den EITI-Standard und legen damit Informationen unter anderem über Steuerzahlungen, Lizenzen und Fördermengen offen. Transparenz ist wichtig, denn dort, wo Informationen über Einnahmen offengelegt werden, können zivilgesellschaftliche Akteure aber auch Parlamente die Zahlungsströme besser nachvollziehen und dadurch Korruption und Ausbeutung verhindern.

Was kann man gegen die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands von China tun?

China ist über alle mineralischen Rohstoffe betrachtet das global bedeutendste Land. Bei einigen Metallen hängt Europa nahezu vollständig von China ab. Deshalb ist es wichtig, entlang der gesamten Rohstofflieferketten zu diversifizieren. Diversifizierung heißt für uns: 1. Ausbau der internationalen Kooperation im Rohstoffbereich, 2. Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und Aufbereitung sowie 3. Ausbau von Kreislaufwirtschaft und Recycling.

Apropos Kreislaufwirtschaft, was muss dort genau passieren?

Alle Dinge, die wir nutzen, enthalten wertvolle Rohstoffe, die mit viel Energie gewonnen, aufbereitet und zum Teil über weite Strecken transportiert wurden. Diese Rohstoffe müssen wir stärker im Kreislauf führen. Bei einigen Metallen, Glas oder Papier klappt das gut, bei zum Beispiel Baustoffen oder Seltenen Erden müssen wir besser werden. Hier sind einerseits die Hersteller gefragt, schon bei der Gestaltung von Produkten mitzudenken, wie die Rohstoffe im Kreislauf bleiben. Und auch wir als Verbraucher, indem wir Produkte nicht einfach achtlos wegwerfen. —

die deutsche Bundesregierung gelten, jedoch noch umfassender ausgeweitet werden. Dazu will die Regierung Hand in Hand mit der Industrie diesen Ländern neue Angebote zur Zusammenarbeit unterbreiten und parallel deutsche Unternehmen dabei unterstützen und sie dazu befähigen, diese durch konkrete Projekte mit Leben zu füllen.

Eine verstärkte Kooperation ist zum Beispiel bereits mit Chile im Bereich Lithium angedacht. Die parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner reiste dafür mit begleitender Wirtschaftsdelegation im Juni 2022 nach Santiago de Chile, um mit der chilenischen Regierung insbesondere über Ansatzpunkte für eine strategische Zusammenarbeit bei der Lithiumgewinnung zu sprechen. Lithium ist ein zentraler Rohstoff für die Energie- und Mobilitätswende und kann in Chile auf nachhaltige Weise abgebaut werden.

EUROPÄISCHE INITIATIVEN

Die europäische Kommission strebt einen neuen Legislativvorschlag zu Rohstoffen, den Raw Materials Act, für Anfang des Jahres 2023 an. Mit dem Raw Material Act soll mit konkreten Maßnahmen dem hohen Risiko bei der Rohstoffversorgung begegnet und die Industrie bei den notwendigen Anstrengungen zur Diversifizierung und zu mehr Nachhaltigkeit bei der Rohstoffversorgung unterstützt werden.

Diese Initiative der europäischen Kommission wird seitens der Bundesregierung und Frankreich sehr begrüßt. Derzeit arbeiten die Bundesregierung und Frankreich an einem gemeinsamen Entwurf mit entsprechenden Vorschlägen zur Ausgestaltung der Initiative. Die Vorschläge orientieren sich an folgenden Schwerpunkten:

- Stärkung des Krisenmanagements für die kritischen Rohstoffe;
- Überprüfung und Evaluation bestehender Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung der notwendigen Förderung von Projekten für die Produktion von Rohstoffen und kritischen Metallen (Bergwerke, Raffinerien und Recyclingkapazitäten) innerhalb und außerhalb der Union;
- Sicherstellung eines fairen und nachhaltigen Marktrahmens.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit bei bestimmten für Klimatechnologien notwendigen Rohstoffen und Raffinadeprodukten wird BMWK weitergehende staatliche Maßnahmen, wie staatliche Lagerhaltung oder einen Private-Public-Rohstofffonds, wie sie zum Teil in anderen Ländern existieren, entwickeln und die konkrete Umsetzung prüfen. Neben bestehenden Finanzinstrumenten wie Investitions- und UFK-Garantien – ungebundene Finanzkredite von in Deutschland und unter bestimmten Voraussetzungen auch im Ausland ansässigen Banken, die Rohstoffvorhaben gegen wirtschaftliche und politische Ausfallrisiken absichern - wird das BMWK mit einem

